

Vorlage Nr. 101.19.326

13. Dezember 2021
1 von 2

Geflüchtete aus der Grenzregion zwischen Polen und Belarus aufnehmen!

Der gemeinsame Antrag wurde mit Schreiben vom 11. März 2022 von den Antrag stellenden Fraktionen zurückgezogen.

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Um die durch den weißrussischen Präsidenten Lukaschenko, mit offensichtlicher Duldung des russischen Präsidenten Putin, im Grenzbereich von Belarus und Polen ausgelöste humanitäre Katastrophe nicht zu Lasten der Geflüchteten weiter eskalieren zu lassen, erklärt die Stadtverordnetenversammlung unter Wahrung der asylrechtlichen Bestimmungen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihr Ziel, Menschen, die ihre Heimat durch Flucht verlassen mussten, bei uns willkommen zu heißen und sie bei der Integration bestmöglich zu unterstützen.
2. Sie bittet den Magistrat, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass den Geflüchteten aus der Grenzregion zwischen Polen und Belarus die Möglichkeit gegeben wird, ihren Asylantrag innerhalb der EU zu stellen und anzubieten, auch Geflüchtete in der Bundesrepublik aufzunehmen.
3. Kassel ist sicherer Hafen und aus akuter Not bereit, im Rahmen von zusätzlichen humanitären Aufnahmeprogrammen oder Resettlementprogrammen Geflüchtete – über die regulären Verteilquote hinaus – aufzunehmen.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Esther Kalveram MdL

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende SPD

Wolfgang Decker
Fraktionsvorsitzender
SPD

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne